



1 Antrag B 8 – dezentrale Energiewende

2
3 Antragsteller: SPD OV Lorch & Jusos Rheingau-Taunus-Kreis

4
5 Antrag zur Weiterleitung an: Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag. Nachrichtlich
6 an: SPD-Bundestagsfraktion

7
8 **Die dezentrale Energiewende – Das Projekt unserer Generation - Für mehr**
9 **Unabhängigkeit vom Finanzkapitalismus und externen Ressourcen, für mehr**
10 **Verteilungsgerechtigkeit, als finanzielle Ausstattungsmöglichkeit der Kommunen und**
11 **die Stärkung der Binnenwirtschaft.**

12
13 Der Parteitag möge beschließen:

14 Der SPD-Unterbezirk Rheingau-Taunus-Kreis setzt sich in Übereinstimmung mit dem
15 Grundsatzprogramm unserer Partei und dem Wahlprogramm unserer Hessen-SPD und in
16 der Tradition von Willy Brandt („Bezug auf Brandt Report“, 1981) und Hermann Scheer
17 (Bezug u.A. auf „Der energet(h)ische Imperativ“, 2010) dafür ein, dass die Energiewende, die
18 wir Sozialdemokraten eingeleitet haben, weiter durch einen dezentralen Charakter geprägt
19 wird und damit den sozialen und strommarktdemokratisierenden Charakter zur Förderung
20 einer gerechten Verteilung, der finanziellen Ausstattung der Kommunen und der Stärkung
21 des Binnenmarktes fortbehält.

22
23 Dazu sehen wir folgende Punkte als untrennbar mit einer demokratisierenden, dezentralen
24 Energiewende verbunden und möchten diese zur Konkretisierung der Beschlussformel mit
25 abstimmen.

- 26
27
- 28 1. Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-
29 Kopplung (KWK-Anlagen) muss weiter und stetig vorangetrieben werden.
 - 30 2. Wir benötigen eine neue Energiemarktordnung, die den weiteren Ausbau
31 dezentraler erneuerbarer Energien im gesamten Land fördert.
 - 32 3. Wir fordern, dass die EEG-Novelle so angelegt wird, dass der Ausbau der
33 Windkraft an Land als günstigste aller Arten der Stromerzeugung auch an guten
34 Standorten im Rheingau-Taunus-Kreis, in Hessen und im gesamten Binnenland
35 weiter für Akteure, wie Energiegenossenschaften, Kommunen in Form von
36 Eigenbetrieben, Stadtwerke, regionale Banken und Sparkassen sowie klein- und
37 mittelständische Investoren wirtschaftlich interessant gehalten wirtschaftlich
38 interessant gehalten und nicht durch eine Deckelung der Ausbaugrößen
39 gemindert wird.
 - 40 4. Gleiches muss für Biogasanlagen gelten, die vorwiegend mit tierischen und
41 pflanzlichen Abfällen betrieben werden und denen aufgrund ihrer Regelbarkeit
42 eine besondere Bedeutung für die Versorgungssicherheit zukommt und somit
43 ebenso wie BHKWs plansicher einspeisen können.
 - 44 5. Wir fordern, dass das Ausschreibungsmodell – wie in dem vom SPD-
45 Mitgliederentscheid mit großer Mehrheit befürworteten Koalitionsvertrag
46 beschrieben (S.54) – nicht ohne eingehende Prüfung und Nachweis der
47 Unschädlichkeit für die Ausbauziele und den Erhalt vielfältiger Akteure am EE-
48 Markt mittels Pilotprojekt und nicht vor 2018 eingeführt wird.
 - 49 6. Das EEG ist Garant für regionale Wertschöpfung und kann elementar zur
50 Bewältigung der Anforderungen des Schutzschirms des Landes Hessen an
51 betroffene Kommunen beitragen und muss daher die Förderung von Onshore
Windkraftanlagen und die Beteiligungsmöglichkeit der Kommunen fördern.



SPD Ortsverein Lorch
Schwalbacher Str. 89
65391 Lorch
Web: spd-lorch-rhein.de
Mail: spd-lorch-rhein@gmx.de
Facebook: facebook.com/pages/SPDLorchRhein

- 52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
7. Wir fordern, dass das Ziel der Vorhaltung von 2% der Landesfläche für Windkraft in Hessen nicht durch restriktive Einschränkungen auf der raumordnungsrechtlichen Ebene (Landesentwicklungs- und Regionalplanung) konterkariert wird.
 8. Zudem sollen zu Gunsten Erneuerbarer Energien, bei Neubauten oder Sanierungen innerhalb geschützter Ensembles (Denkmalpflege- Weltkulturerbe) Abwägungen zu Gunsten der Verbreitung Erneuerbarer Energien getroffen werden.
 9. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung und im Besonderen Energieminister Sigmar Gabriel mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass eine dezentrale Energiewende auch auf europäischer Ebene durch die EU-Kommission pro aktiv verfolgt wird.
 10. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf sich deutlich von Fracking in Deutschland zu distanzieren.

Die Begründung: Wird mündlich von Sebastian Busch vorgetragen